

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 29 (1953-1954)
Heft: 8

Artikel: Unsere These : Städtebau ist Politik
Autor: Burckhardt, Luzius / Kutter, Markus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1070728>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

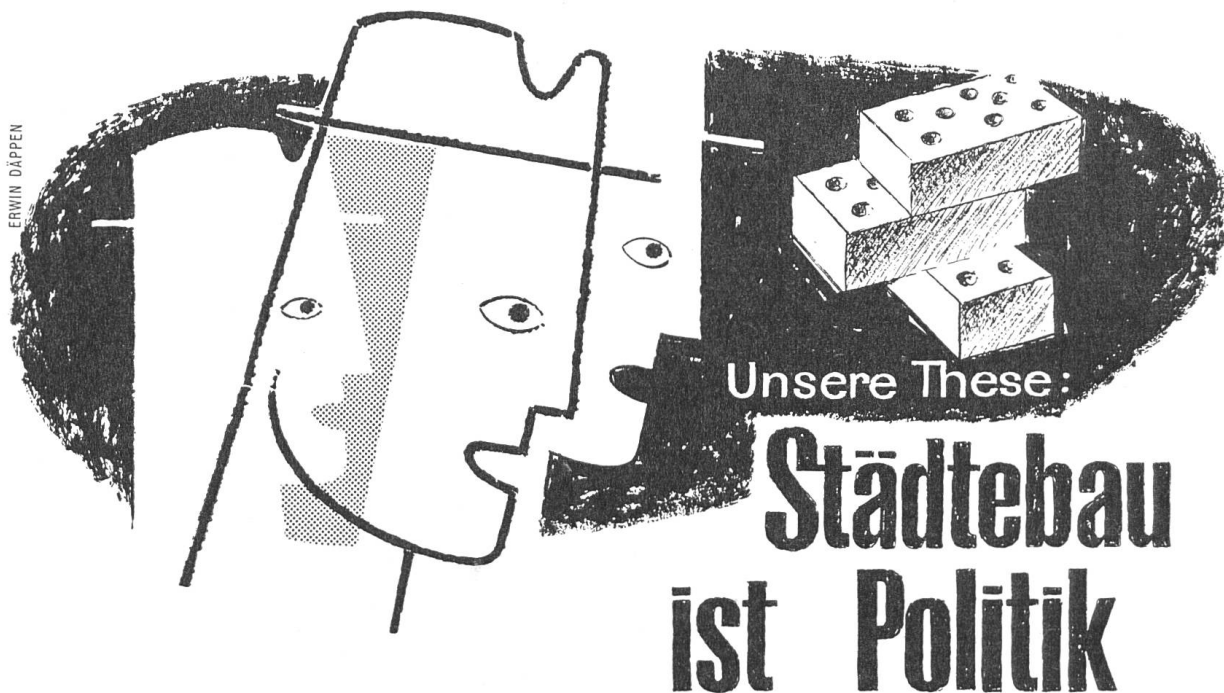
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ERWIN DÄPPEN



Unsere These:
**Städtebau
ist Politik**

Parkmiserie, Zonenpläne, Straßenverbreiterungen, Verkehrs-entlastungen, Heimatschutz, Quartiererschließungen, Hochhäuser und Fußgängerstadt — wer sich heute mit städtebaulichen Fragen befassen möchte, gerät alsbald in ein unentwirrbares Dickicht von Problemen. So voll die Tageszeitungen von ihnen sind (und sie werden es in zehn Jahren noch viel mehr sein), so ungelöst sind die Fragen selber. Sie sind ungelöst, nicht weil sich keine Architekten und Stadtbaumeister, keine Verkehrsämter und Hypothekenbanken mit ihnen befassen, sondern weil sie nicht im Zusammenhang durchdacht werden. Das Chaos im Städtebau — und was für ein Chaos herrscht, wird sich in kurzem bei einer abermaligen Verdoppelung unseres Motorfahrzeugbestandes zeigen — ist nicht auf einen Mangel an ausgebildeten Architekten und gutwilligen Planern zurückzuführen, sondern auf einen Mangel an konsequentem Denken. Die regelmäßigen Fehlschläge unserer großen Innerstadtkorrekturen (zum Beispiel der Bahnhofquartiere in Zürich, Basel und Bern), bei denen ein sagenhaftes Geld für

nichts ausgegeben wird, sind bedingt nicht durch Konstruktionsfehler, sondern durch Denkfehler. Unser Städtebau ist ein Beispiel dafür, wie wenig wir trotz der technischen Hilfsmittel ein Problem ganz zu Ende denken können — wie wir im Gegenteil, verführt von den technischen Hilfsmitteln, in der Lösung des technischen Details stecken bleiben.

Daß der Städtebau eine zusammenhängende Problematik darstellt, wird niemand bestreiten wollen. Die Straßenbreite hat etwas mit der Verkehrsdichte, die Verkehrsdichte etwas mit der Bevölkerungsdichte, die Bevölkerungsdichte etwas mit der Quartiergestaltung und die Quartiergestaltung etwas mit dem Lebensstil und dem Charakter der Menschen zu tun. Die Frage ist, wer sich dieser Problematik annehmen soll, in ihrer Gesamtheit annehmen soll. Sicher nicht der Fachmann für Verkehrsampeln und sicher nicht das Tiefbauamt. Vielleicht aber sollten die Universitäten urbanistische Lehrstühle gründen, sollte das Volkswirtschaftsdepartement einen städtebaulichen Rat einsetzen oder sollte eine schweizerische Gesellschaft für öffentliches Planen mit einem

Fachorgan «Der Planer» gegründet werden. (Notabene, alle diese Möglichkeiten sind schon erwogen worden, zum Teil unter anderem Namen verwirklicht.)

In der Broschüre «Wir selber bauen unsere Stadt» haben wir die These aufgestellt, daß städtebauliche Probleme politische Probleme sind. Damit wollten wir zunächst sagen: Maßnahmen der Stadtplanung betreffen die Gesamtheit unseres gesellschaftlichen Lebens. Warum empfindet der Schweizer Steuerfragen als politisch, warum stimmt bei uns die ganze Bürgerschaft über die Steuern ab? — Nicht weil wir für Steuerfragen besonders befähigte Leute sind, weil jeder Einzelne bei uns so viel wüßte wie anderswo ein Steuerfachmann. Sondern weil wir die Konsequenzen der Steuern auf die gesellschaftliche Struktur kennen, weil für uns eine Erhöhung der Erbschaftssteuer nicht einfach eine Abgabe ist, sondern eine Maßnahme, welche die Rolle der Familie aufs tiefste verändert; weil wir gesehen haben, daß auf steuerlichem Wege die Sozialisierung erreicht werden kann, die doch gewiß eine Veränderung ist von zutiefst politisch-ideologischem Charakter.

Gleich ist es nun mit der Stadtplanung. Oft «drängt sich eine Maßnahme auf» — wie es dann wohl zu heißen pflegt —, die zunächst vielleicht nur die Breite einer Straße zu betreffen scheint, die aber dann doch den Charakter eines ganzen Quartiers verändert, dieses von einer Mietpreiskategorie in die andere, von der Wohnzone in die Geschäftszone bringt, so daß der Federstrich eines unbekanntem Beamten des Stadtplanbüros schließlich über Nacht eine Verwandlung vollzieht, Quartiere ihren frühern Besitzern wegnimmt und ganze Bevölkerungsgruppen zum Auszug zwingt.

Wir sagen nicht, daß solche Maßnahmen niemals nötig seien, daß wir sie um jeden Preis vermeiden wollen, keineswegs! — Aber wir wollen uns nicht blind in sie hineintreiben lassen. Wir glauben, daß, wenn nun einmal heute diese Fragen eine Wichtigkeit und einen Einfluß gewonnen haben, den man früher nicht ahnen konnte, und wenn wir unsere Staatsform der politischen Behandlung der wichtigen Dinge fortführen wollen, wir konsequenterweise auch die Stadtplanung als eine politische

Aufgabe betrachten müssen. Was über unsere Gesellschaft entscheidet, das kann nicht einfach die Sache eines Amtes, einer Fachzeitschrift oder eines Architekturbüros sein. Es muß in der Öffentlichkeit diskutiert werden, in der Presse, in den Parteien, in den Räten.

Darüber hinaus aber behaupten wir noch ein zweites: Stadtplanung ist nicht möglich ohne politische Zielsetzung. Wo die politischen Ziele nicht bewußt gesetzt sind, sind sie unbewußt darin enthalten. Alle Stadtplanung wertet. Wenn Herr X sein Haus aufgeben muß, um den Autos Platz zu machen, so liegt einer solchen scheinbar technischen Maßnahme unausgesprochen, aber deutlich der Entscheid zugrunde, daß der Verkehr wichtiger sei als der ungestörte Privatbesitz. Nun besteht die ganze Stadtplanung aus solchen Wertungen, aus Einstufung, Bevorzugung und Zurücksetzung einzelner Interessen. Ständig muß entschieden werden zwischen dem Tramdirektor und der Gemüsefrau, dem Velofahrer und dem Fußgänger, dem Häuseragenten und dem Stadtgärtner. Wer soll hier Entscheidungen treffen, ohne daß vorher eine Rangordnung aufgestellt ist?

Das Aufstellen dieser Rangordnung ist es, was wir Politik nennen. Ein richtiges, zweckdienliches und vernünftiges Planen ohne eine politische Zielsetzung ist gar nicht möglich. Bevor wir das Wohl der Stadt verwirklichen können, müssen wir wissen, worin es liegt, und bevor wir wissen, worin es liegt, müssen wir wissen, was wir wollen. Wenn jeder Strich auf meinem Reißbrett die Existenz von einzelnen Familien und ganzen Gemeinden entscheidet, wie kann ich da überhaupt noch zu zeichnen wagen, wenn ich nicht weiß, in welcher Richtung meine Entscheidungen fallen sollen? Zu planen, ohne das Ziel meines Planens zu kennen, wird zum unerlaubten Spiel.

In diesem Sinn tritt vor die Gestaltung des einzelnen Quartiers, vor die Festlegung sogar einer Baulinie oder Straßenbreite die politische Konzeption, das, was Max Frisch in seinem Vorwort zur Broschüre den geistigen Plan genannt hat, den Willen, die Zukunft zu gestalten, den Entwurf einer modernen Eidgenossenschaft, der die werdende Stadt zu entsprechen hat.

Auf die Frage, wer diesen Entwurf liefern soll, versuchten wir in unserer Broschüre die Antwort zu geben, daß wir das als die Aufgabe unserer herkömmlichen politischen Körperschaften, vorab der Parteien, betrachteten. Wir versuchten darzustellen, wie eine von den politischen Parteien getragene Stadt- und Landesplanung im einzelnen aussehen müßte und funktionieren könnte; wie sich bei einem solchen Einbau der Stadtplanung in die herkömmliche Politik das Verhältnis von Fachmann und Laie, von Techniker und Gesellschaft regeln müßte und wie sich zum Beispiel Planungszwang und Planungsfreiheit zueinander verhalten würden.

Was wir dagegen nicht versuchten, war, den Inhalt dieses Entwurfes zu skizzieren. Wir dachten uns das als die Aufgabe der politischen Parteien, die ja aus dem 19. Jahrhundert das stolze Bewußtsein mit sich tragen, ideologische Parteien zu sein, und also über das Rüstzeug zu einem solchen Entwurf einer Gesellschaft verfügen müßten. Vielleicht könnte sogar für eine Partei der Versuch, in der konkreten Gestaltung einer Stadt mit ihren Grundsätzen Ernst zu machen, zu einer großen Klärung alter Ideologien führen, könnte zu einer inneren, geistigen Erneuerung werden.

Ob die Parteien bereit und fähig sind, einen solchen Weg zu beschreiten, ist heute nicht zu entscheiden. Ungewiß ist auch, ob es überhaupt richtig ist, derartiges von ihnen zu verlangen. Worüber aber kein Zweifel besteht, ist, daß unser soziales und politisches Leben Jahr für Jahr mehr von den Problemen der Planung bestimmt sein wird, also auch von der Qualität dieser Planung.

Gegen diese Argumentation könnte man nun zweierlei einwenden: Man könnte sagen, daß der Fachmann die Probleme doch besser verstehe. Daß er es sei, der die großen Zusammenhänge herausarbeiten müsse, der abschätzen könne, welche Beziehung zwischen dem Tarif der Vorortsbahnen und der Zahl der Radfahrer in der Innerstadt, zwischen der Bauhöhe in den Außenquartieren und dem Bodenpreis in der City besteht. Wenn das Büro des derzeitigen Stadtplanbeamten oder Verkehrssachverständigen der Sache nicht mehr gewachsen sei und die Zusammenhänge nicht genügend berück-

sichtigt habe, so sei dieses Büro eben zu erweitern und zu verbessern und seine Kompetenz auszudehnen; aber man dürfe es nicht verpolitisieren.

Darauf antworten wir: Gegen eine solche Verbesserung haben wir nichts einzuwenden, im Gegenteil, wir fordern sie sogar. Aber alle Fachleute der Welt werden aus einem Problem, das ein politisches ist, kein sachliches machen. Bisher haben die Stadtplanbüros eine wenig beachtete Rolle gespielt. Das Publikum erfuhr von ihrer Existenz überhaupt nur in Fällen ganz extremer Fehlplanung, in welchen die öffentliche Meinung nach einem Schuldigen suchte. Sonst aber regierten sie in der Stille und präsentierten ihre Vorlagen, wenn sich die öffentliche Beratung nicht überhaupt vermeiden ließ, in der Gestalt reiner Sachfragen. Sie zeigten sich als eine väterliche Gewalt, die beauftragt ist, abseits von aller Politik das öffentliche Gute zu wirken. Dieses Gute bestand aber im wesentlichen nur darin, Konfliktstoff und Reklamationen zu vermeiden.

Heute aber, wo wir viel näher zusammenrücken mußten und wo alle Maßnahmen eine viel intensivere Folge von Nebenwirkungen haben, stellt sich die politische Frage, welches denn dieses allgemeine Gute, das Ziel dieser Wirksamkeit sei. Und diese Frage will sich in der Demokratie die Öffentlichkeit selber vorbehalten. Damit ist die Arbeit der Fachleute keineswegs überflüssig geworden. Sie stellt sich nur auf eine andere Ebene, auf die Ebene des Gutachtens. Der Fachmann kann antworten, kann uns beispielsweise sagen, ob wir mit der Umstellung von Tram auf Bus den Verkehr beschleunigen würden oder nicht. Den Entscheid aber, ob wir lieber etwas bequemer oder etwas billiger fahren können, diesen Entscheid soll nicht der Fachmann fällen, sondern — auf Grund seiner Auskunft — die Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit soll sich auch das Recht nehmen, aus Gründen, welche außerhalb des Gesichtsfeldes des Fachmannes liegen, sein Gutachten zu mißachten und von zwei Alternativen die «schlechtere» zu wählen. Und der legitime Ort, wo die Öffentlichkeit solche Entscheidungen fällt, ist eben die Politik.

Foto: Claire Hodel

Einmal ohne Reiter

